

Regelungen im Zusammenhang mit COVID-19

Die Atemwegserkrankung COVID-19, ausgelöst durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2, hat eine weltweite Pandemie ausgelöst, weshalb der Bundesrat die Situation in der Schweiz zeitweise als ausserordentliche Lage gemäss Epidemiengesetz eingestuft und entsprechende Massnahmen ergriffen hat. Die Parteien sind sich bewusst, dass auch die zwischen ihnen bestehende Vertragsbeziehung durch die Auswirkungen von COVID-19 beeinflusst werden kann. Gleichzeitig steht fest, dass COVID-19 zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses kein unvorhersehbares Ereignis darstellt und insofern nicht als höhere Gewalt zu qualifizieren ist. Der Vertragspartner ist verpflichtet, die jeweils aktuell gültigen Vorschriften des Bundes und der Kantone, die Empfehlungen des Bundesamts für Gesundheit BAG sowie die spezifischen Regelungen von Swissgrid einzuhalten und die entsprechenden Massnahmen umzusetzen. Swissgrid ist berechtigt, Kontrollen auf den Baustellen durchzuführen.

Der Vertragspartner hat die ihm zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, um seine Leistungspflichten trotz der Auswirkungen von COVID-19 vertragsgemäss zu erfüllen. Gerät der Vertragspartner aufgrund der bei Vertragsschluss bekannten Auswirkungen von COVID-19 mit der Erfüllung seiner vertraglich vereinbarten, weiterhin möglichen Leistung in **Verzug**, kommen grundsätzlich die Normen von Art. 102ff. OR zur Anwendung. Hat der Vertragspartner zuvor nachweislich alle ihm zumutbaren Anstrengungen unternommen, um den Verzug abzuwenden, werden die Parteien in guten Treuen über eine Lösung betreffend die Verschiebung der vertraglich vereinbarten Termine und Fristen im Einzelfall verhandeln, welche die besonderen Umstände berücksichtigt.

Ein Anspruch auf **Vergütung der Mehrkosten** besteht in jedem Falle nur, soweit diese vom Vertragspartner vorab angemeldet und mit Swissgrid ausdrücklich schriftlich vereinbart worden sind.

Der Vertragspartner haftet für durch die Auswirkungen von COVID-19 verursachte **Verzugsschäden**, wenn ihn ein Verschulden trifft oder wenn er das Risiko der Gefahrentragung für solche Fälle explizit übernommen hat.

Den Vertragspartner trifft insbesondere ein **Verschulden**, wenn er in Zukunft nicht auf einen erneuten Ausbruch von COVID-19 (oder einer mutierten Form des Coronavirus SARS-CoV-2) vorbereitet ist, der mit dem zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses herrschenden Ausmass des COVID-19-Ausbruchs und den entsprechend ergriffenen Massnahmen vergleichbar ist.